Anlage 1

STÄDTEBAULICHE STELLUNGNAHME

zum Antrag auf Förderung selbst genutzten Wohneigentums in Innenstädten
Auskunft* der amtsfreien Gemeinde/des Amtes für Gemeinde (Nichtzutreffendes streichen)

Bauvorhaben

Bauherrschaft/Erwerber/in		Straße/Haus-Nr.	
PLZ/Ort	ggf. Ortsteil	Eingemeindet ab 11.07.2000? ja (Jahr?) _____ /nein**	Kreisverwaltung
Angaben zum Grundbuch: Gemarkung		Flur	Flurstück

Das Bauvorhaben befindet sich in einem

☐ förmlich festgelegten innerstädtischen Sanierungsgebiet i. S. d. § 142 BauGB.

Name des Gebietes _____ Satzungsbeschluss vom _____

☐ förmlich festgelegten innerstädtischen städtebaulichen Entwicklungsbereich i. S. d. § 165 BauGB.

Name des Gebietes _____ Satzungsbeschluss vom _____

☐ vom Landesamt für Bauen und Verkehr (LBV) bestätigten innerstädtischen Vorranggebiet Wohnen in einem/einer

- ☐ regionalen Wachstumskern (RWK)
- ☐ vom MIL geförderten Gebietskulisse des Bund-Länder-Programms Stadtumbau-Ost „Für lebenswerte Städte und attraktives Wohnen“
- ☐ Mittelzentrum gemäß der zentralörtlichen Gliederung des Landes Brandenburg
- ☐ sonstigen Stadt

Ein Selbstbindungsbeschluss der Stadt/Gemeinde zu dem definierten Vorranggebiet Wohnen liegt vor.

Gebietsname _____ Beschluss vom _____

Das Bauvorhaben ist/liegt ☐ im Bestand ☐ ein Neubau ☐ ein Baudenkmal ☐ Denkmalbereich

Die Erschließung ist ☐ gesichert ☐ nicht gesichert ☐ voraussichtlich ab _____ gesichert.
Monat/Jahr

Es sind bodenarchäologische Maßnahmen zu erwarten ☐ ja ☐ nein

☐ Das Bauvorhaben entspricht den Zielen der Sanierung bzw. Stadtentwicklung.

☐ Das Bauvorhaben ergibt sich schlüssig aus den strategischen und konzeptionellen Aussagen des INSEK.

☐ Die Stadt/Gemeinde setzt(e) für das Bauvorhaben Städtebauförderungsmittel ein.

Zuwendungsgegenstand und Richtlinie: _____

Höhe der Zuwendung einschl.
kommunalen Mitleistungsanteils: _____ (Voraussichtliches) Jahr der Zuwendung: _____

Wenn zutreffend, bitte eine Kopie der städtebaulichen Stellungnahme der Städtebauförderung dieser Auskunft beifügen.

☐ Die städtebauliche Einordnung ist zwischen Bauherrschaft/Erwerber/in und Stadt/Gemeinde noch weiter abzustimmen.

Ein aussagekräftiger Lageplan mit Kennzeichnung der Grundstückslage i. d. Stadt/Gemeinde ist der Auskunft beigefügt.

_____ _____
Ort, Datum Stempel, Unterschrift

* Eine falsche Auskunft löst u. U. Amtshaftungsansprüche aus.
** Nichtzutreffendes streichen.